

Weltrundschau : das Ende einer Lüge ; Wozu noch Kriegsrüstung? ; Der Rassenkampf in Südafrika ; Die neue Wirtschaftspolitik in Osteuropa ; Abkehr vom Sozialismus? ; Die Gefahr bleibt

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **60 (1966)**

Heft 5

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141137>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

keine Anzeichen von Unterernährung an Kindern gesehen hat, sowie viele andere Nachrichten über China, die unsere Presse verschweigt. Wenn nur Frau Regina Kägi selbst nach China fahren und in ihrer klaren, wahrheitsgetreuen Art uns davon berichten könnte, wäre das ein gewaltiges Plus für die Entwicklungshilfe. Ihre Broschüre sollte von allen gelesen werden, denen die Entwicklungshilfe ein echtes Anliegen ist.
M. F.

René Dumont: L'Afrique noire est mal partie (Editions du Seuil, Paris, 1962).

Den Friedensfreunden, die in das Problem des Hungers in der Welt einen tieferen Einblick gewinnen wollen, hat dieses Buch von René Dumont viel zu bieten. Als Professor der vergleichenden Agrarwissenschaft am Agronomischen Institut in Paris hat er nicht nur Südamerika, Südostasien und China besucht (sein Buch «Révolution dans des campagnes chinoises» erschien 1957), er zieht zwischen der Entwicklung Afrikas und der chinesischen Aufbauarbeit auch überaus interessante Vergleiche.

In bezug auf Afrika ist sich René Dumont der Verbrechen unserer weißen Vorfahren sehr wohl bewußt, er schätzt den Verlust an Menschenleben auf 60 bis 150 Millionen, so daß Afrika, das im 17. Jahrhundert die gleiche Anzahl Einwohner hatte wie Europa, das heißt ein Fünftel der Menschheit, heute nur ein Zwölftel der Weltbevölkerung zählt.

Dumont weist mit besonderem Nachdruck auf Europas verhängnisvolles erstes Geschenk an Afrika hin – den Alkohol. Er ist eine der größten Gefahren für den Kontinent, was FIDES (Fonds d'investissements pour le développement économique et social) an Hilfsmitteln gegeben hat, ist zum großen Teil durch den Alkohol unfruchtbar gemacht. Der Import von Wein und anderen Alkoholarten nahm besonders nach 1949 enorm zu. Im Jahre 1951 importierte man nach Französisch Westafrika 15mal mehr Alkohol als 1938, nämlich eine Menge, die 31 000 Hektolitern reinen Alkohols gleichkam. Dies nur zur Illustration.

Die afrikanische Wirtschaft, meint Dumont, hat viel von der chinesischen Aufbauarbeit zu lernen, die von einer tieferen Produktionsstufe ausging und von halbkolonialen Verhältnissen. Sein Rat an den afrikanischen Studenten ist: arbeite und wohne mit den ärmsten Bauern des Dorfes zusammen oder bereite dich auf deine Führungsrolle vor durch Mitarbeit in einer chinesischen Kommune. Kleide dich wie ein einfacher Arbeiter, statt europäische Anzüge zu tragen oder gar eine Krawatte als Zeichen sozialen Prestiges!

Dumont warnt uns immer davor, von Hilfe und Unterstützung zu sprechen, und von der Freigebigkeit der Reichen gegenüber den Armen, die nichts als Heuchelei ist. Heute ist die Zeit gekommen, da man statt dieser Hilfe die einfache, ehrliche Idee der menschlichen Solidarität verwirklichen muß.
M. F.

WELTRUNDSCHAU

Das Ende einer Lüge Der *Aufstand* gegen die Militärdiktatur in *Südvietnam* ist in den Vereinigten Staaten mit Recht als schwerer Schlag gegen Amerikas moralische – besser: unmoralische – Stellung in der Welt empfunden worden. Auch wenn die Träger und Führer der Erhebung noch nicht allgemein den Rückzug der jetzt 250 000 Amerikaner aus Südvietnam verlangen, so ist doch zum Greifen klar, daß hinter dem Begehren nach der Abdankung der «Regierung» des Marschalls Ky tatsächlich die Forderung nach dem Rückzug der amerikanischen Kriegsmacht steht. «Den Sack schlägt man, den Esel meint man.» Die

Fortsetzung des Krieges gegen den Vietcong ist ja auf die Länge nur möglich, wenn in Saigon eine Marionettengruppe agiert, die das gefügige Werkzeug der ausländischen Besatzungsmacht bleibt, nicht aber eine wirklich den Volkswillen vertretende Gruppe von Männern regiert, die nichts sehnlicher wünschen als das schleunige Ende des Mordens und die Gestaltung der Zukunft Vietnams durch seine Bevölkerung selbst. Daß die Vereinigten Staaten nur in Vietnam seien, um dem Volkswillen gegenüber der Drohung einer Unterwerfung des Landes unter den Kommunismus zum Durchbruch zu verhelfen, dieser Anspruch ist, für alle Welt sichtbar, durch den Aufstand gegen die korrupten Diktatoren in Saigon auf jeden Fall als derartig groteske Lüge entlarvt worden, daß ihr Zusammenbruch über kurz oder lang auch den Zusammenbruch des amerikanischen «Freiheitskrieges» selber nach sich ziehen wird.

Die öffentliche Verachtung, der Saigons Militärmachthaber verfallen sind, ist eine besondere Demütigung für Präsident Johnson, der noch vor wenigen Monaten in Honolulu den Bruderkuß mit Ky austauschte und sich in überschwenglichen Lobeserhebungen für ihn und seine «fortschrittliche» Regierung erging. Die Amerikaner setzten schon darum alles daran, den Aufstand zu dämpfen. Und in Zusammenarbeit mit ihren südvietnamesischen Schützlingen und Freunden gelang es ihnen auch inzwischen, die Rebellen zu entzweien und durch das Versprechen von «Volkswahlen», die zu einer Zivilregierung führten sollten, einigermaßen zu beschwichtigen. Wie lang der Frieden währen wird, steht aber dahin. Vorab die kämpferischen Buddhisten, die schon die Mißwirtschaft der Familie Diem beseitigt und mindestens zwei weitere Regierungen gestürzt haben, werden sich gewiß nicht mit weniger als einer von den Amerikanern unabhängigen Regierung abspeisen lassen; aber auch die übrigen patriotischen Kräfte – Studenten, städtische Intellektuelle, unzufriedene Militärführer usw. – werden kaum den Widerstand gegen die ausländische Vormundschaft aufgeben, und das bedeutet, daß der ganze südvietnamesische Staatsapparat, auf den sich die Vereinigten Staaten doch irgendwie stützen müssen, ständig vom Auseinanderfallen bedroht ist. Dabei bleibt es ein eigentliches Rätsel, wie «freie Volkswahlen» in dem von den Amerikanern beherrschten Landesteil überhaupt durchzuführen sind. Die innere Logik der Dinge wird wohl mit immer stärkerer Kraft darauf hindrängen, daß eine militärfreie Regierung auch ohne Volksbefragung (die in den vom Vietcong beherrschten Südvietnam sowieso nicht stattfände und darum von vornherein kein zuverlässiges Bild von der wirklichen Volksmeinung geben könnte) früher oder später Friedensverhandlungen mit dem «Feind» anknüpft, ob das nun den Amerikanern gefällt oder nicht.

Vorderhand sträubt man sich in Washington freilich immer noch trotzig und rechthaberisch, dieser voraussehbaren Entwicklung Rechnung zu tragen. Man prahlt mit den «militärischen und organisatorischen Leistungen» der USA-Armee in Vietnam, auf die, wie Kriegsminister McNamara letzthin meinte, Amerika «stolz sein» könne; allein schon die Bombenabwürfe überträfen bei weitem alles, was man in früheren Kriegen erlebt habe, und bis

Jahresende würden weitere 638 000 Tonnen Bomben abgeworfen werden, die mithelfen würden, die «einzig mögliche» militärische Lösung der Vietnamfrage herbeizuführen. Dieser «Siegfriedenswahn» läßt sogar den Washingtoner Korrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung» (am 20. April) die von «vielen» Amerikanern aufgeworfene Frage begreiflich finden, «wofür man denn eigentlich in Vietnam kämpfe». Offenbar wird der Vietnamkrieg, so gibt der gleiche Berichterstatter zu, in den USA immer unpopulärer, wie nicht zuletzt die Fühlungnahme der Senatoren und Abgeordneten mit ihren Wählern in den letzten Wochen ergeben habe. Und wenn nun auch die Organisation der «Amerikaner für Demokratische Aktion», die als die «am weitesten links stehende antikommunistische Gruppe» bezeichnet wird und weltbekannte Akademiker zu ihren Führern zählt, der aber auch beispielsweise der Präsidentschaftsanwärter Robert Kennedy nahesteht, wenn also jetzt auch diese erklärt kommunistenfeindliche Organisation fordert, daß die Luftangriffe auf Nordvietnam eingestellt, die amerikanischen Streitkräfte auf einige Stützpunkte im Süden zurückgezogen und Verhandlungen mit dem Vietcong eingeleitet werden, so sollte das wirklich selbst einen Johnson zum Nachdenken bringen, der anscheinend bisher nie Zeit zu solchem Geschäft gefunden hat...

Wozu noch Kriegsrüstung? Im Blick auf die tiefe Verstrickung der Vereinigten Staaten in den Kampf um Ostasien hat Präsident de Gaulle den Zeitpunkt sicher gut gewählt, Frankreich aus der *NATO* – dem Militärbund der Westmächte – zu lösen. Er braucht jetzt auf keinen Fall zu befürchten, daß der französischen Absicht irgendwie wirksamer Widerstand geleistet werden könnte – und schon das ist eine bedenkliche Minderung des amerikanischen Ansehens und Einflusses in Europa. Die Vereinigten Staaten sind heute einfach nicht mehr imstand, auch nur ein paar Divisionen in Westeuropa (oder auch in einem anderen Weltteil) einzusetzen, um über Vietnam hinaus ihren Willen zur Geltung zu bringen. Gleichzeitig gibt de Gaulle deutlich genug zu verstehen, daß gerade der Vietnamkrieg einen Hauptfall der Gefahr darstellt, daß Frankreich wider Willen in einen Krieg an der Seite Amerikas verwickelt werden könnte, auch wenn formell die *NATO*-Verpflichtungen hier gar nicht spielen müßten. Der andere und für Frankreich noch bedrohlichere Hauptfall würde eintreten, wenn sich die Vereinigten Staaten später einmal, nachdem Vietnam abgeschrieben wäre, in einen westdeutschen Krieg gegen den Ostblock hineinziehen ließe.

Diese Möglichkeit ist es ja vor allem, die Frankreich durch seinen Rückzug aus der *NATO* ausgeschaltet wissen will. Und *darum* ist man in der Bundesrepublik so bestürzt über den «unverantwortlichen» Schritt de Gaulles. Denn daß eine *NATO ohne Frankreich* jede militärische «Abrechnung» mit dem Ostbund, ja schon jede wirksame Fortsetzung der bisher erfolglos gebliebenen «Politik der Stärke» gegenüber dem Osten verunmöglichen wird, das beginnt man in Westdeutschland immer deutlicher – und mit wachsendem Schrecken – einzusehen. Wie man letzthin in einem west-

deutschen Blatt lesen konnte, hat «der treue Verbündete in Paris tatsächlich in wenigen Wochen vernichtet, was die tragenden politischen Kräfte in Bonn in fünfzehn Jahren aufgebaut haben». Die westdeutschen Politikmacher meinten, durch die NATO-Klammer vom Nordkap bis zur Türkei und durch die Militärmacht eines vereinigten Westeuropa die Sowjetunion und ihre Verbündeten zwingen zu können, ihre dank Hitlers Niederlage gewonnenen Stellungen in Mitteleuropa wieder zu räumen. Mit diesem Traum ist es aber fertig, wenn Frankreich nicht mehr mitmacht. Nicht zufällig ist Frankreich der zentrale Standort der NATO-Organisation geworden. Von dorthin führen alle wichtigen Nachschublinien und Nachrichtenverbindungen von der Atlantikküste nach Westdeutschland. Frankreich ist auch die einzige Landbrücke vom Atlantik nach Italien. Scheidet also Frankreich aus der NATO aus, dann wird Westdeutschland nur noch ein vorgeschobenes «Bollwerk» Amerikas ohne Hinterland sein, ohne Nachschubsicherung und ohne Verbindung mit Italien, das durch den Alpenwall von der Bundesrepublik getrennt ist. Griechenland und die Türkei bieten für den Ausfall Italiens so wenig Ersatz wie Spanien oder gar Portugal, auf dessen Boden (in Beja) die Bonner Regierung einen riesengroßen Militärstützpunkt und Übungsplatz errichten will mit einer Fassungskraft von nicht weniger als 150 000 Mann. Auch die nordischen Länder werden sich bestimmt nicht um die Beteiligung an einem Kreuzzug gegen den Osten reißen, wenn Frankreich «Danke!» sagt, sowenig wie Belgien und Holland. Und ob Großbritannien besonders darauf erpicht wäre, seine Solidarität mit Amerika zu beweisen, ist fraglich, wenn dieses selbst zögern sollte, mit Westdeutschland gemeinsame Sache zu machen. Jeder westdeutsche Versuch, anstatt einer Rückendeckung durch die NATO ein zweiseitiges enges Militärbündnis mit den Vereinigten Staaten mit Zugang zu deren Atomwaffen abzuschließen, würde aber nur Frankreich erst recht an die Seite der Sowjetunion drängen, in der man Herrn de Gaulles Besuch für den kommenden Sommer mit unverhohlener Zufriedenheit erwartet. Will man in Washington wirklich eine solche Entwicklung fördern?

Kurz, die ohnehin schon längst gescheiterte «Politik der Stärke», die von Bonn aus krampfhaft fortgesetzt wird, verliert durch Frankreichs Politik des «Ohne mich» vollends jeden Sinn. An die Gefahr eines russischen Angriffs auf Mittel- und Westeuropa glaubt im Ernst heute kein verantwortlicher Staatsmann der «freien Welt» mehr; die noch immer höher getriebene *Kriegsrüstung der Bundesrepublik* kann nur mehr – wenn überhaupt noch – als Mittel zu dem Zweck gerechtfertigt werden, den Kommunismus – oder was man dafür ausgibt – gewaltsam bis zum Ural zurückzuwerfen und «die unter seiner Tyrannei schmach tenden Völker» endlich zu erlösen. Es ist aber ebenso klar, daß in dieser Lage auch unsere *schweizerischen* Kriegsrüstungen vollkommen widersinnig werden. Sie werden ja – wie diejenigen Westdeutschlands – nicht nur formal, das heißt mit der Notwendigkeit begründet, unsere Neutralität im Fall eines neuen europäischen Krieges sicherzustellen, sondern sollen in erster und letzter Linie der Abwehr der «russischen Gefahr» dienen, die für uns allein in Frage komme. Im Volk glaubt man noch

immer – wenigstens in der deutschen Schweiz – an diese Gefahr und nimmt die ungeheure Verschleuderung von Geld und Kräften, die mit der militärischen Aufrüstung betrieben wird, ohne wirksamen Widerstand hin. Wie wird das aber werden, wenn man endlich merkt, daß der Russenschreck nur Erfindung ist, daß auf jeden Fall die Franzosen sich nicht mehr von ihm betören lassen und daß der ganze Militärbetrieb ganz anderen Zwecken dient als der Verteidigung von Haus und Hof, Weib und Kind gegen den sonst drohenden Überfall des «Feindes im Osten» auf unser friedliebendes, freiheitgewohntes Volk? Die Stunde der Wahrheit wird auch einmal für *unsere* Prediger des Kalten Krieges schlagen – und vielleicht schon viel früher, als diese es sich träumen lassen...

Der Rassenkampf in Südafrika Mittlerweile drängt die Lage im Konflikt zwischen *Großbritannien* und seiner abtrünnigen Kolonie *Rhodesien* zu einer Entscheidung, die voller gefährlichster Möglichkeiten ist. Die Regierung Wilson schmeichelt sich zwar, mit Hilfe des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen einen ersten Erfolg in der Abwehr eines Versuches, die Erdölsperre gegen Rhodesien zu durchbrechen, errungen zu haben. Aber das ist ein mehr als zweifelhafter Erfolg. Denn daß über die portugiesische Kolonie Mozambique kein Öl nach Rhodesien gelangt, heißt wirklich nicht viel angesichts der Tatsache, daß Rhodesien aus der *Südafrikanischen Union* reichlich mit Öl versorgt wird und seine Ausfuhr- wie Einfuhrgüter auch sonst größtenteils über Südafrika gehen. Die britischen Sperr- und Zwangsmaßnahmen, die von Anfang an viel zu langsam und zu lässig verhängt worden waren, haben gewiß die rhodesische Wirtschaft empfindlich geschädigt, die industrielle Produktion verringert und den Devisenmangel verschärft. Aber den Zweck, dem sie dienen sollten, haben sie bisher in keiner Weise erreicht. Die Regierung Jan Smith ist nicht gestürzt, ja nicht einmal geschwächt worden; sie hat vielmehr jetzt sozusagen die Gesamtheit der weißen Bevölkerung Rhodesiens hinter sich.

Die Labourregierung bemüht sich darum jetzt eifrigst, mit der Rebellenregierung, mit der amtlich zu verhandeln sie bisher abgelehnt hatte, doch hintenherum ins Gespräch zu kommen. In Salisbury ergreift man natürlich die Gelegenheit nur zu willig, mit einem blauen Auge aus dem Zweikampf herauszukommen, ohne eine mehrheitlich aus Schwarzen bestehende Regierung annehmen zu müssen, so daß also die Herrschaft der kleinen weißen Minderheit nach wie vor gesichert wäre. Auch wenn Jan Smith selber und seine engsten Mitarbeiter zurücktreten oder in Salisbury sonst irgendwelche formalen Zugeständnisse an den Standpunkt Londons gemacht werden müßten, insbesondere Zurücknahme der einseitigen Unabhängigkeitserklärung, wäre eine solche «Lösung» des Streitfalls freilich nur Schein, der die Niederlage der Regierung Wilsons notdürftig verschleiern würde. Der *faule Frieden*, der so zustande käme, würde früher oder später doch wieder dem offenen Kampf Platz machen – und dann würde es wohl wirklich auf Biegen oder Brechen ankommen. Geht aber die «sozialistische» Regierung in Lon-

don auf den Handel doch nicht ein, dann hat sie nur noch die Wahl, entweder im «Auftrag» der UNO auch Südafrika und Mozambique in ihre Sperrmaßnahmen einzubeziehen und einen unabsehbar folgenschweren Zusammenstoß mit Südafrika zu riskieren, oder aber Polizei- und Militärgewalt gegen Rhodesien einzusetzen, das heißt dessen wichtigste Städte und Wirtschaftsgebiete zu besetzen und dadurch erst recht Südafrika herauszufordern. Die Regierung Verwoerd hat zwar bisher formell Neutralität gegenüber dem Konflikt Großbritannien-Rhodesien bewahrt, ist aber derart klar auf die Verhinderung einer Niederlage des befreundeten Regimes Smith festgelegt, daß sie nicht tatenlos einem britischen Einmarsch in Rhodesien zuschauen würde. Sie zählt denn auch zuversichtlich darauf, daß die machtvollen Wirtschaftsinteressen, die das kapitalistische England auch in Südafrika hat, London wie von einer Ausdehnung der Sperrmaßnahmen auf Südafrika, so erst recht von der Anwendung militärischer Gewalt gegen Rhodesien und die Südafrikanische Union abhalten werden.

Es gäbe natürlich noch einen dritten Weg, um mit der Rebellion der weißen Minderheit Rhodesiens fertig zu werden: die Verbündung Großbritanniens mit der großen schwarzen Mehrheit der Bevölkerung und deren Ermutigung zum *gewaltlosen Widerstand* gegen die weiße Rassenherrschaft. Aber darauf ist eben die schwarze Bevölkerung keineswegs vorbereitet. Die weißen Siedler haben jahrzehntelang alles getan, um das Negervolk in geistiger Unmündigkeit zu halten, so daß weder an einen Feldzug gewaltlosen Widerstandes noch an eine daraus folgende Übernahme der Regierung durch die Afrikaner zu denken ist. Und Ministerpräsident Wilson selber hat es bisher mit Verachtung abgelehnt, sich irgendwie auf die organisierte nationalistische Bewegung der schwarzen Rhodesier zu stützen. Dennoch ist es heuchlerisches Unrecht, mit der ewig wiederholten Behauptung, die schwarzen Rhodesier seien zur Selbstregierung überhaupt nicht reif, die Fortdauer der Minderheitsherrschaft der Weißen auf alle absehbare Zeit zu begründen. Die Weißen sind ja, wie gesagt, selber daran schuld, daß heute noch keine Mehrheitsregierung der Schwarzen möglich ist. Wenn also nicht endlich planmäßig die Erziehung der schwarzen Bevölkerung Rhodesiens, Südafrikas, Mozambiques und Angolas zur Selbstregierung an die Hand genommen wird, droht sich der Rassengegensatz in ganz Südafrika derart zu verschärfen, daß man der ferneren Entwicklung des Verhältnisses zwischen Schwarz und Weiß nur mit großer Unruhe entgegensehen kann. Möge doch noch rechtzeitig die Warnung beachtet werden, die der Genfer Privatdozent Jean Ziegler in einer Studie über Afrika (1963) ausgesprochen hat: «Südlich des Äquators bereitet sich in Afrika ein Krieg vor, der blutiger und schrecklicher sein wird als alle früheren Kolonialkonflikte. Der Krieg zwischen den beiden Afrika wird furchtbar und sein Ausgang unsicher sein!»

Die neue Wirtschaftspolitik in Osteuropa

In der Weltrundschau für April konnten wir nur noch kurz auf den letzten Kongreß der *Kommunistischen Partei der Sowjetunion* hinweisen. Der Verzicht auf irgendwelche Bemerkungen

dazu wog um so weniger schwer, als der 23. Parteitag der sowjetischen Kommunisten tatsächlich kaum wesentliche Neuerungen in der Politik der augenblicklich machthabenden Gruppe im Kreml angekündigt hat. Daß im Schoße der Führungsschicht hinter geschlossenen Türen heftige Auseinandersetzungen stattgefunden haben, ist zwar sehr glaubhaft; aber weder in der Frage einer Neuaufwertung Stalins noch im Konflikt mit China noch in bezug auf den Vietnamkrieg sind wirkliche Entscheidungen gefallen. Und was die berühmte *neue Wirtschaftspolitik* betrifft, so scheint allgemeine Übereinstimmung darüber zu bestehen, daß einmal ein paar Jahre lang zugehört werden soll, was dabei herauskommt, bevor allfällige Änderungen daran angebracht werden könnten. Vorsichtigerweise ist der neue Fünfjahresplan auch weniger ehrgeizig gestaltet worden als der letzte, dem noch Chruschtschew seinen Stempel aufgedrückt hat. Wenn die Lebenshaltung der Sowjetvölker weiterhin gehoben und bereichert werden kann, wenn die Versorgung mit Verbrauchsgütern mannigfaltiger und billiger wird, wenn bis 1971 jede Familie eine abgeschlossene Wohnung bekommt und die Zahl der Fernsehgeräte verdoppelt sein wird, während dann auf je tausend Einwohner zehn Autos entfallen werden, so ist das alles, was amtlich vom neuen Wirtschaftsplan erwartet wird.

Was ist nun aber *grundsätzlich* von den wirtschaftlichen Strukturreformen zu halten, die wie in der Sowjetunion, so auch in den übrigen zum Ostblock gehörenden Staaten durchgeführt werden? Über diese Reformen gibt es schon eine ganze, große und fast unübersehbare Literatur. Auch liegen die Verhältnisse in den einzelnen sozialistischen Ländern recht verschieden, so daß ich hier nur die wesentlichen, allen gemeinsamen Grundgedanken des Reformwerkes knapp darlegen kann. Um sie zu verstehen und beurteilen zu können, muß man aber auf die Art und Weise zurückgreifen, wie der Sozialismus in den osteuropäischen Ländern «eingeführt» wurde. Es geschah, wie man weiß, nicht durch den frei ausgedrückten Volkswillen von unten her, sondern *durch politische und wirtschaftliche Zwangsmittel von oben her*. Das war nach den Umständen, wie sie schon am Ende des Ersten Weltkrieges und dann ebenso nach dem zweiten Krieg vorlagen, ganz unvermeidlich, wenn man überhaupt zum Sozialismus übergehen wollte. Und dieser Systemwechsel war erst recht unvermeidlich geworden, besonders wegen der tödlichen Feindseligkeit der kapitalistischen Welt gegen die in der Bildung begriffenen sozialistischen Staaten, führten doch beispielsweise seit 1918 mehr als ein Dutzend Länder der «freien Welt» Krieg gegen die junge Sowjetrepublik und unterstützten gleichzeitig den Widerstand der Nutznießer des alten Regimes auch im Inneren Rußlands. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der «Kalte Krieg» gegen den Sozialismus in Ost- und Mitteleuropa auf nicht weniger bedrohliche Art geführt. Die Antwort war die Niederhaltung der gegenrevolutionären Kräfte im Inneren der Ostländer und die Abwehr der Bedrohung von außen mit staatlichen Machtmitteln wie auch die Durchsetzung sozialistischer Grundeinrichtungen durch eine zentral gelenkte obrigkeitliche Zwangswirtschaft.

Damit verstießen die zum Sozialismus strebenden Regierungen aber gegen die Wahrheit, daß sich eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf Dauer berechnet ist, nur halten kann, *wenn sie auf die freiwillige Zustimmung der großen Volksmehrheit begründet ist*. Bei der kapitalistischen Wirtschaft und der ihr entsprechenden bürgerlichen Gesellschaft war und ist das tatsächlich der Fall. Der Kapitalismus ist die gegebene Wirtschaftsform für den vom Sittengesetz grundsätzlich gelösten natürlichen Menschen mit seinem Eigennutz und Bereicherungsstreben, dem er möglichst vollkommene Freiheit zum Ausleben gewährt. Alle daraus fließende Unfreiheit des Menschen im Kapitalismus und all die verhängnisvollen Wirkungen der bürgerlich-kapitalistischen Lebensformen – bis hin zur Drohung einer atomaren Weltkatastrophe – werden von der Mehrzahl der Menschen ertragen, weil sie im Grund mit diesen Lebensformen einverstanden sind und, wie man gesagt hat, eigentlich nur «verhinderte Kapitalisten» sind, während sie die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft und Wirtschaft leidenschaftlich ablehnen.

Das galt und gilt weithin auch von den Menschen in denjenigen Ländern, deren Führungsschicht sich zum Sozialismus bekennt. Die Kräfte der *Freiwilligkeit*, die letzten Endes allein den Sozialismus tragen können, sind noch heute in den Völkern Osteuropas – eingeschlossen Ostdeutschland und die Tschechoslowakei – zu schwach. Der obrigkeitliche Zwang zu einer sozialistischen Wirtschaft aber, die verlangt, daß dem Gemeinnutz der Vorrang vor dem Eigennutz gegeben wird, konnte keinen einigermaßen genügenden Ersatz für diesen Mangel schaffen. Die Folge war, daß die sozialistische Wirtschaft in eine Krise geriet.

Gewiß, der revolutionäre Wille zu einer sozialistischen Lebensform hat vor allem in der Sowjetunion Wunder gewirkt, im Krieg wie noch mehr im Frieden. Aber die frühere Begeisterung für den Sozialismus ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten merklich abgeflaut. Das bestätigen uns nicht nur bürgerlich-kapitalistisch gestimmte Beobachter. Der linkssozialistische Journalist K. S. Karol zum Beispiel schrieb – um nur *ein* Beispiel zu nennen – im Londoner «New Statesman» vom 23. Oktober 1964 über das Regime Chruschtschews: «Unter ihm . . . wurde Rußland zunehmend unpolitisch und mißtrauisch gegenüber der Zukunft. Diese Allgemeinstimmung erwies sich als große Schwächequelle. In einer kollektivistischen Gesellschaft, in der das Gewinnstreben fehlt und der Anreiz zu persönlicher Begehrlichkeit schwach ist, kann nur politische Zielstrebigkeit die Antriebskraft für die Anstrengung des Einzelmenschen liefern und so die Gesellschaft dynamisch machen. Und politische Zielstrebigkeit hängt ihrerseits vom öffentlichen Zusammenstoß und Wechselspiel der Gedanken ab.»

Der Kampf um mehr Geistesfreiheit geht tatsächlich in der Sowjetunion wie in den östlichen Volksrepubliken seit Jahren in den verschiedensten Formen vor sich. Dazu kommen die wirtschaftlichen und sonstigen Lockungen des Westens, die ihre Wirkung auf breite Volksschichten nicht verfehlen. Ein Bedürfnis zur Revision der sozialistischen Lehre und Lebensart macht sich fast offen geltend, mindestens aber ein Streben, der Konkurrenz

mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebensformen des nichtkommunistischen Auslands gewachsen, wenn nicht überlegen zu sein. Die «neue Wirtschaftspolitik» der sozialistischen Staaten ist nur *ein* Ausdruck dieses Strebens. Die Erkenntnis ist fast allgemein geworden, daß die zentralisierte Zwangswirtschaft den heutigen Bedürfnissen nicht mehr entspricht und durch freiere Lenkungsmittel und -methoden ersetzt werden muß. Aber das heißt freilich nicht, daß nun die Kräfte der sozialistischen *Freiwilligkeit* angerufen und nutzbar gemacht würden; deren Stärke ist, wie gesagt, noch viel zu gering, was nach Jahrzehnten sozialistischer Aufbauarbeit gewiß ein schlechtes Zeichen ist und die Lehre widerlegt, daß sozialistische Einrichtungen, auch wenn sie zwangsweise geschaffen würden, von selbst auch sozialistische Menschen hervorbringen müßten. Aus diesem Grund wagen die Regierenden auch keine größere Lockerung des *politischen* Lenkungsapparats, aus Furcht, Meinungs- und Oppositionsfreiheit könne zur Unterwühlung der sozialistischen Wirtschaftsformen vom Ausland her mißbraucht werden. Und tatsächlich spekulieren ja die «Freiheitsfreunde» im kapitalistischen Lager recht offen auf solche Wirkungen einer weitergehenden Liberalisierung der kommunistischen Staatseinrichtungen. Wäre es ihnen mit Freiheit und Demokratie Ernst, so könnten sie nicht die volksfeindlichsten Diktaturen in aller Welt – zum Beispiel in Südvietnam – mit allen Kräften stützen, nur weil diese, wie auch die kapitalistischen «Demokratien», die soziale Revolution um jeden Preis verhindern wollen.

In dieser Lage glauben die Führungskreise der kommunistisch regierten Länder, es bleibe ihnen nichts anderes übrig, als eben in einem gewissen Grad die Freiwilligkeitskräfte einer *kapitalistischen* Wirtschaftsweise anzurufen, ohne aber die sozialistischen Grundeinrichtungen selbst – umfassende Planung und Gemeinbesitz an den Produktionsmitteln – antasten zu lassen. Ist das möglich? Können in die sozialistische Zwangswirtschaft Einrichtungen und Verfahrensarten eingebaut werden, die eigentlich kapitalistischem Denken gemäß sind oder doch dem Kapitalismus wie dem Sozialismus gleichermaßen dienen können, also neutralen Charakters sind? Wir wollen sehen.

Abkehr vom Sozialismus? Ausgangspunkt der Wirtschaftsreformen in den europäischen Ostländern war das zunehmende Versagen der *überzentralisierten Planungsmethoden*. Solche Verfahrensweisen mochten in einer einfachen, übersichtlichen Wirtschaft genügen; in der immer vielseitiger und verwickelter werdenden Wirtschaft moderner Industrieländer erwiesen sie sich als völlig unzulänglich. Es fehlte an einem wirklich zuverlässigen Überblick über die wirtschaftlichen Vorgänge auf der Erzeuger- wie auf der Verbraucherseite als Voraussetzung für aufeinander abgestimmte Planungsentscheide. Die Folge war eine mehr und mehr unerträgliche Verschwendung von Mitteln und Kräften, die demoralisierend wirkte und zu einer Lockerung aller Planungsdisziplin führte. Der Wunsch nach einer durchgreifenden Modernisierung des ganzen Systems und Mechanismus der Wirtschaftsleitung mußte so immer stärker werden.

Ein Hauptmittel dafür soll die erhöhte *Selbständigkeit der einzelnen Wirtschaftsbetriebe* sein. Insbesondere in der Sowjetunion ging man dazu über, statt eine Reihe von Planzielen für die Roherzeugung nur noch die Mindestmenge der abzuliefernden Einzelerzeugnisse durch die zentrale Planungsbehörde festlegen zu lassen. Ferner soll der Gewinn der einzelnen Betriebe – der Unterschied zwischen Bruttoabgabepreis und Selbstkosten – eine größere Rolle spielen. Er soll durch Senkung der Selbstkosten auf ein Höchstmaß gesteigert werden als Grundlage für die Möglichkeit, aus dem Gewinnanteil der Betriebe nach freiem Ermessen Kapitalanlagen vorzunehmen, Prämien auszuzahlen, Betriebswohnungen zu errichten usw. – lauter Möglichkeiten, die früher fehlten. Der Gewinn wird dadurch zum entscheidenden *Gradmesser für die Rentabilität eines Betriebs* und zur ständigen Antriebskraft für Ersparnisse an Arbeitsstunden, Rohstoffen, Brennstoffen, elektrischer Kraft usw. zum Vorteil der Gesamtwirtschaft. Namentlich soll das neue System aber auch die vermehrte Beachtung der Verbraucherwünsche ermöglichen. Wenn der Erfolg eines Betriebes nicht mehr davon abhängt, ob das ihm vorgeschriebene Planziel erreicht wird, sondern gemessen wird am Absatz seiner Erzeugnisse – im Wettbewerb mit anderen Betrieben – und am verbleibenden Gewinn, so wird dadurch der Verbraucher zu einer Wirtschaftsmacht, die nicht mehr in bürokratischer Selbstherrlichkeit mißachtet werden kann. Andererseits haben nun die Arbeiter und Angestellten eines Betriebs allen Grund, dessen Wirtschaftserfolg zu steigern, kann doch jeder Betrieb aus dem ihm zustehenden Gewinnanteil einen Fonds zur materiellen Förderung der Belegschaftsmitglieder schaffen. «Was gut ist für den Betrieb, ist auch gut für die Arbeiter und für die Verbraucher.»

In der westlichen Welt werden die Wirtschaftsreformen, die so oder ähnlich in den osteuropäischen Ländern durchgeführt werden, als erste Schritte einer Abkehr vom Sozialismus selbst und einer vorerst noch nicht offen zugegebenen *Rückkehr zum Kapitalismus* mit seinem Gewinnstreben, seiner Marktwirtschaft und seiner freien Konkurrenz unter den Betrieben begrüßt. In China werden die Reformen umgekehrt scharf abgelehnt als neue Anzeichen einer Angleichung an kapitalistische Begriffe und Wirtschaftsmethoden. Aber auch viele unabhängige Sozialisten, die die Zwangswirtschaft höchstens als Übergangsform auf dem Weg zu einem freien Sozialismus anerkennen, haben starke Bedenken gegen die neue Wirtschaftspolitik der kommunistischen Ostländer geäußert. Ich gehöre selbst zu ihnen. Wie ist also diese wirtschaftspolitische Schwenkung vom grundsätzlich sozialistischen Standpunkt aus tatsächlich zu beurteilen?

Die Urheber und Anhänger der «neuen Wirtschaftspolitik» bestreiten entschieden, daß mit den nun überall an die Hand genommenen Reformen tatsächlich eine Hinwendung zum Kapitalismus vollzogen oder gar bewußt erstrebt werde. Und sie können für diese Bestreitung auch allerlei gute Gründe ins Feld führen. Vor allem heben sie mit Recht hervor, daß die Reformen nur auf der Grundlage einer sozialistischen Wirtschaftsordnung durchgeführt werden sollen und können. Es bleibe, so sagen sie, als Ziel und Zweck der Wirtschaft die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse des Vol-

kes, das Gemeinwohl als Voraussetzung des Wohlergehens der einzelnen, also auch der Grundsatz der Wirtschaftsplanung im Dienste dieses Zieles und namentlich die Vergesellschaftung der Wirtschaftsmittel, die der Ausbeutung der Arbeitskräfte wie der Verbraucher für die Bereicherung einer eigennützigen Besitzerklasse ein Ende mache. Die neuen Maßnahmen, besonders die «sozialistische Marktwirtschaft», hätten also nicht den Zweck, die gemeinnützige Wirtschaftsplanung zu ersetzen, sondern sie wollten und würden diese nur *verbessern*, beweglicher, wirksamer, genauer machen und das Krebsübel der bürokratischen Eingriffe in den Wirtschaftsablauf beseitigen. Im Dienste des Gesamtplanes sollten die Einzelbetriebe nur die Möglichkeit bekommen, die Mittel zur Erzielung des besten Ergebnisses selbständiger als bisher zu wählen.

Der Gewinn, so wird weiter hervorgehoben, habe darum einen grundsätzlich anderen Charakter und Sinn als in der kapitalistischen Wirtschaft. Die Antriebskraft zum Wirtschaften ist im Kapitalismus tatsächlich das Streben nach persönlicher Bereicherung der Wirtschaftsträger – wenn möglich *zugunsten* der Verbraucher (als Nebenergebnis), wenn nötig aber – und das ist immer mehr die Regel geworden – *auf Kosten* der Arbeitenden und der Verbraucher. Der kapitalistische Gewinn ist also einfach ein Teil des Ertrages der Arbeit des Lohnverdieners, den sich der Privatbesitzer aneignet, während im Sozialismus der Betriebsgewinn nur Gradmesser für den Wirtschaftserfolg der vergesellschafteten Unternehmungen ist, nur Bestandteil einer gediegenen kaufmännischen Betriebsrechnung, wie sie übrigens schon Lenin nachdrücklich verlangt hat. Und was die materiellen Anreize zu bester Leistung der Arbeiter und Angestellten betrifft, so hören wir, daß solche Anreize eben noch nötig seien, solange die Leistungen der einzelnen Arbeitskräfte sehr verschieden seien und noch nicht die kommunistische Gesellschaft erreicht sei, die nach dem Grundsatz verfahren könne: Jeder nach seinen Fähigkeiten und jedem nach seinen Bedürfnissen, nicht nach seinen Leistungen.

Die Gefahr bleibt Das sind, wie gesagt, Beweisgründe, die viel Wahrheit enthalten. Und doch bleibt bei der ganzen Auseinandersetzung wenigstens für den Schreibenden «ein Erdenrest, zu tragen peinlich». Vor allem: Die Schäden der Zwangswirtschaft sollen eben nicht durch Nutzbarmachung der Kräfte eines freigewollten Sozialismus, mit entsprechender freier Aussprache und Meinungsbildung unter den Arbeitenden, ausgemerzt werden (so wie es etwa Rosa Luxemburg unermüdlich forderte); der Zwangssozialismus soll grundsätzlich aufrechterhalten und nur durch Einbau von Verfahrensweisen gemildert werden, die auch im Kapitalismus angewandt werden. Das bedeutet aber, daß *das Übel nicht an seiner Wurzel gepackt wird* und wahrscheinlich nur neue Nachteile des Systems entstehen, die dann vielleicht wirklich zu kapitalistischen Wirtschaftsmethoden führen werden. Es sind eben nicht nur allgemein menschliche Fehlleistungen, wie sie in jedem Wirtschaftsregime vorkommen können, die an den vielbeklagten Mißständen in der kommunistischen Wirtschaft schuld

sind, auch nicht, wie von kapitalistischer Seite behauptet wird, die sozialistische Planwirtschaft selbst. Schuld ist vielmehr – mindestens in hohem Grad – ein Mangel an sozialistischer *Gesinnung* bei sehr vielen Organen der kommunistischen Wirtschaftspolitik. Wenn zum Beispiel Kossygin bedauernd feststellte, daß manchmal «eine Unternehmung Ausrüstungen anschafft, die sie nicht braucht, nur um die Geldmittel zu verwenden, die ihr zugewiesen wurden» – ist das etwa ein Zeichen sozialistischen Verantwortungsbewußtseins? Oder wenn immer wieder Betriebsleiter zu niedrige Angaben über die Leistungsfähigkeit ihres Werkes machten, um kein zu hohes Plansoll zugewiesen zu erhalten, oder auf technische Fortschritte verzichteten, um während der Übergangszeit nicht ihre Prämien zu verlieren – soll das vielleicht ein Verhalten sein, wie es eine sozialistische Wirtschaft braucht, die auf höchste Leistungsfähigkeit angewiesen ist? Ein kluger Werkleiter, so wurde tatsächlich gesagt, werde im besten Fall sein Plansoll um vier oder fünf Prozent überbieten, nie aber um 20 Prozent, wenn er nicht das nächste Mal ein entsprechend höheres Soll aufgeholt bekommen wolle. Und so gibt es zahllose Beispiele, die auf einen bedenklichen Mangel an Gemeingeist beim Leitungspersonal der sozialistischen Wirtschaft hindeuteten, bevor die «großen Reformen» angeordnet wurden.

An diesem Mangel sozialistischer Gesinnung werden aber die im Gang befindlichen Reformen kaum etwas Wesentliches ändern. Man wird weiterhin versuchen, eine sozialistische Planwirtschaft aufzubauen ohne die sozialistischen Willenskräfte, die dahinter stehen sollten. Man begnügt sich mit betriebstechnisch-organisatorischen Verbesserungen des Systems, ohne die wirklichen Schadensursachen abstellen zu wollen, ja man ermutigt Methoden, die Eigennutz, Geldgier und andere antisoziale Triebe zu wecken und zu fördern geeignet sind, und erwartet davon eine Steigerung der Leistungskraft einer *sozialistisch* sein sollenden Wirtschaft. Rührt man damit nicht an die Grundlagen einer Wirtschaft, die dem Gemeinwohl dienen soll und darum Gemeinsinn voraussetzt? Die Ausrichtung auf die Wünsche der Verbraucher zum Beispiel muß ihre Grenze an der Notwendigkeit finden, die Ziele des Wirtschaftsplanes gegebenenfalls auch *gegen* kurzfristige Verbraucherwünsche zu erreichen. Wird diese Grenze aber immer geachtet werden? Entwickelt sich nicht ein Betriebsegoismus, der den Betriebsgewinn um jeden Preis steigern will, sei es zum einseitigen Nutzen der Belegschaft, sei es zum Zweck von Erweiterungsbauten und dergleichen, aber zuletzt ebenfalls auf Kosten der Verbraucher? Die fieberhafte Erweiterungskonjunktur im Kapitalismus mit ihren verderblichen Wirkungen – fortschreitende Teuerung, Aufblähung der Bedürfnisse usw. – sollte uns doch zu denken geben. Auch das Beispiel Jugoslawiens, das mit seiner neuen Wirtschaftspolitik schon jetzt auf Wege geraten ist, die vom Sozialismus weg- und immer näher an den kapitalistischen Westen heranzuführen, ist gleichfalls keineswegs ermutigend.

Warten wir aber vorerst ab, wie sich die Wirtschaftsreformen im sozialistischen Osten tatsächlich auswirken, braucht es doch eine gewisse Zeit,

bis sie sich eingelebt haben und beurteilbare Ergebnisse zeitigen können. Inzwischen wird es freilich immer nötiger, die *Kräfte der Freiwilligkeit* in den Ländern des europäischen Ostens zu entwickeln. Und wenn es auch wohl zu weit geht, verallgemeinernd zu behaupten, das Sowjetvolk habe «eine verderbte Privilegiertenschicht, die seine Wirtschaftsbetriebe leitet» (Allen Solganick in der Neuyorker «Monthly Review», März 1966), so ist es doch sicher richtig, daß, wie der gleiche Verfasser sagt, «sozialistische Erziehung ein großes Stück Antwort auf die Wirtschaftsprobleme ist, vor denen einige sozialistische Länder stehen». Das chinesische Beispiel – möglicher Verzicht auf wirtschaftliche und politische Zwangsmethoden und Begünstigung einer Geisteshaltung im Volk, die zum neuen Regime bewußt Ja sagt und alle Kräfte für den sozialistischen Aufbau freimacht – könnte dabei von größtem Nutzen sein, auch wenn in Europa eigenständig gewachsene Erziehungsmethoden angewandt werden müssen.*

Den Lobrednern der «freien Wirtschaft» im Westen aber muß immer wieder gesagt werden, daß ihre Anklagen gegen den östlichen Zwangssozialismus billige Demagogie sind, solange die Feindschaft der bürgerlich-kapitalistischen Welt gegen *allen* Sozialismus die Oststaaten fast gewaltsam auf den Weg der Abwehr durch Diktatur, obrigkeitlichen Zwang und Kriegsrüstungen drängt. In einer Welt, die keinerlei Versuche zur Eindämmung von Sozialismus und Kommunismus durch militärische Gewalt, keine Kriegsgefahr und keine Militärrüstungen mehr kennt, würde sich im freien Wettbewerb bald ein Sozialismus entwickeln, der zuversichtlich aller groben und feinen Zwangsmittel entraten könnte, soweit sie über das Maß hinausgehen, das durch allgemein menschliches Widerstreben gegen gesetzliche Ordnungsvorschriften vorderhand noch nötig ist. Vor solch freiem Wettbewerb zwischen Kapitalismus und Sozialismus im Rahmen friedlicher Koexistenz hat man im Westen freilich gerade Angst; darum die Aufrechterhaltung eines Spannungsverhältnisses gegenüber dem Osten unter dem Vorwand, es gelte kriegerischen Ausdehnungsabsichten der kommunistischen Staaten vorzubeugen. Allein das steht eben auf einem anderen Blatt und ändert nichts an der Tatsache, daß die Liberalisierung des Ostens einen mächtigen Antrieb bekäme, wenn es dem Westen mit seiner Freiheitspropaganda selber Ernst wäre.

2. Mai

Hugo Kramer

* Siehe die lehrreiche Darstellung der chinesischen Erziehungsmethoden im Oktoberheft 1965 der «Neuen Wege».

Pro memoria: Wir möchten unsere Leser daran erinnern, daß das Jahresabonnement der «Neuen Wege» seit April 1966 Fr. 30.— beträgt; nicht mehr Fr. 28.—.